



POLITIK / REDAKTION

Jemen - unversöhnlich und katastrophenträchtig ...

(SB) - Am 26. März jährte sich zum fünften Mal der Krieg im Jemen, der Hunderttausende das Leben gekostet und im Ardenhaushaus Arabiens die schwerste humanitäre Krise auf Erden angeordnet hat. Ziel der von der Armee Saudi-Arabien angeführten Operation Entscheidender Sturm ist es gewesen, die Vorherrschaft der schiitischen Huthi-Rebellen zu beenden und dem "Interimspräsidenten" Abd ... (S. 3)

EUROPOOL / POLITIK

"Heute zahlen wir den Preis dafür" Italien leidet auch wegen neoliberalen Spardiktats unter den Folgen der Coronaviruspandemie *Ein Gespräch mit St. G. Azzarà*

Gerhard Feldbauer (F): Italien wird noch schwerer als China von der Covid-19-Krise betroffen. Wo sehen Sie die Ursachen?

Stefano G. Azzarà (A): China, noch weitgehend ein Entwicklungsland, hat die Coronavirus-Krise tatsächlich besser und schneller gemeistert als Italien, ein führendes Industrieland. Der Notfall deckt die strukturellen Schwächen der kapitalistischen Gesellschaft auf, in der die politischen und Managemen ... (S. 10)

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Japanisch-amerikanische Aktivisten fordern die Freilassung aller Immigranten wegen Covid-19

Nachricht aus der Redaktion New York vom 1. April 2020

Die Covid-19 Pandemie ist eine drohende Gefahr für Menschen in Haft die bereits jetzt durch eine Verbreitung von infektiösen Krankheiten, aufgrund des Mangels an grundlegenden Ressourcen, physischer Nähe zu anderen und der entsetzlichen Bilanz der medizinischen Versorgung und fataler Vernachlässigung durch ICE und CBP gefährdet sind.

Japanisch-amerikanische Geschichte bietet bereits ausreichende Beweise, dass Gefangenenlager Nährboden für die Ausbreitung von Infektionen und Krankheiten sind. Ausbrüche in amerikanischen Konzentrationslagern des Zweiten Weltkriegs beinhalten eine Polio-Epidemie in Amache; Ruhr, Mumps und Typhus in Gila River; und Masern und Windpocken in Tule Lake, um nur ein paar der sich rasant ausbreitenden gesundheitlichen Bedenken zu nennen, mit denen sich Gefangenen auseinander setzen mussten.

Die Verbreitung von Krankheiten ist unvermeidbar und gefährlich für alle, die in enger Gefangen-

schaft sind. Menschen unter solchen Bedingungen einzusperren war damals schon unmenschlich, und ist es auch heute noch. Teile HEUTE deine Geschichte, oder die deiner Familie in den Sozialen Medien, wie Krankheiten deren Leben in Gefangenschaft beeinflusste und verlange von ICE, dass sie die Gefangenen frei lassen.

Wir müssen für die Gesundheit und Freiheit aller Menschen in Gefangenschaft kämpfen.

#FreeThemAll und entlasst JETZT Immigranten, die sich in Gefangenschaft befinden!

@tsuruforsolidarity auf Instagram und Facebook, @tsurusolidarity auf Twitter und Hashtags #IsseiResilience und #FreeThemAll.

Tsuru For Solidarity schließt sich der Kampagne #FreeThemAll von Detention Watch Network an Immigranten aus der ICE Haft (U.S Immigration and Customs Enforcement) zu befreien, um dadurch Gefängnisse für Immigran-

ten davor zu schützen zu Epizentren von COVID-19 zu werden. Dabei wird Tsuru For Solidarity von Geschichten erzählen, wie Krankheiten in Gefangenenlagern des Zweiten Weltkriegs japanischstämmige Amerikaner beeinflussten und wieso diese Geschichten genau jetzt relevant für ICE Gefängnisse sind. Die Geschichten wurden von Dienstag, den 24. März bis Freitag, den 27. März, geteilt und endeten am Freitag, den 27. März 2020 mit einem nationalen Tag des Handelns, um Anrufe zu tätigen, die Beamte dazu drängen sollten die Lager zu schließen und alle Menschen freizulassen, damit sie in diesem Moment nicht Krankheit, sondern Sicherheit finden zu können.

"Krankheit war für viele von uns im Gefangenenlager während des Zweiten Weltkriegs etwas Vertrautes. Aufgrund der Überbelegung und der mangelnden ärztlichen Versorgung waren wir deutlich mehr übertragbaren Krankheiten, wie Tuberkulose, Polio und Typhus ausgesetzt. Wir haben wiederholt Epidemien von Scharlach und Grippe durchgemacht." Satsuki Ina, Mitvorsitzende von Tsuru For Solidarity und Überlebende des Tule Lake Internierungslager.

Die Geschichte von japanisch-amerikanischer Gefangenschaft während des Zweiten Weltkriegs verdeutlicht, dass Gefangenen- einrichtungen Nährboden für die Ausbreitung von Krankheiten und Infektionen sind. Ausbrüche in amerikanischen Internierungslagern des Zweiten Weltkriegs beinhalten eine Polio-Epidemie in Amache; Ruhr, Mumps und Typhus in Gila River; und Masern

und Windpocken in Tule Lake. Schlecht ausgestattete Krankenhäuser und unzureichende medizinische Fachkräfte verschlimmerten dieses Problem noch weiter. Menschen unter solchen Bedingungen einzusperren, war damals schon unmenschlich, und ist es auch heute noch.

Trotz drastischer Maßnahmen von Seiten anderer staatlicher Einrichtungen zur Eingrenzung der Ausbreitung von COVID-19 gehen das ICE und viele andere Strafverfolgungsbehörden weiter wie gewohnt vor. Laut Los Angeles Times verhafteten ICE-Beamte weiterhin Immigranten, darunter ein 56-jähriger Mann, der Alleinversorger seiner Familie ist; Die Beamten verhafteten ihn als er sein Zuhause verließ, um zur Arbeit zu gehen und Lebensmittel zu kaufen, die seine Familie für den Coronavirus Lockdown vorbereiten sollten. Und während eine Anzahl von Sheriffs und Polizeidienststellen klugerweise auf den öffentlichen Druck und die Empfehlung des öffentlichen Gesundheitswesens reagieren, indem sie die Durchsetzung von geringfügigen Straftaten einschränken, verhaften viele weiterhin Menschen für kleinere Fehlverhalten.

Tsuru for Solidarity [1] ist ein gewaltfreies, direkt agierendes Projekt japanisch-amerikanischer Verfechter, die sich für die Abschaffung von Inhaftierungslagern einsetzten und an vorderster Front Einwanderer- und Flüchtlingsgemeinschaften unterstützen, die Zielscheibe von rassistischen und un-

menschlicher Einwanderungspolitik sind. Wir treten für die moralische Autorität der japanischstämmigen Amerikaner ein, die während des Zweiten Weltkriegs in den US-Internierungslagern großes Unrecht erlitten haben, und sagen: "Hört auf, die Geschichte zu wiederholen!"

Die Übersetzung aus dem Englischen wurde von Marietta Berkmann vom ehrenamtlichen Pressenza-Übersetzungsteam erstellt.

Video von Mittwoch, 25. März:
<https://www.facebook.com/watch/?v=210855320010874>

Anmerkung:

[1] <https://tsuruforsolidarity.org/>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/buerger/fakten/bfai0279.html>



pressenza
INTERNATIONAL PRESS AGENCY

Jemen - unversöhnlich und katastrophenträchtig ...

(SB) 2. April 2020 - Am 26. März jährte sich zum fünften Mal der Krieg im Jemen, der Hunderttausende das Leben gekostet und im Armenhaus Arabiens die schwerste humanitäre Krise auf Erden angerichtet hat. Ziel der von der Armee Saudi-Arabiens angeführten Operation Entscheidender Sturm ist es gewesen, die Vorherrschaft der schiitischen Huthi-Rebellen zu beenden und dem "Interimspräsidenten" Abd Rabbu Mansur Hadi wieder zur Macht zu verhelfen. Fünf Jahre und Milliarden von Dollar später sind die Saudis blamiert und der Krieg ist für sie nicht zu gewinnen. Zwar hat man mit Hilfe von Al-Kaidanahen Gruppen und südlichen Separatisten weite Teile des Südens und Ostens einschließlich der strategisch enorm wichtigen Hafenstadt Aden "befreit", dennoch kontrollieren die Huthis die gebirgige Nordwesthälfte des Landes, darunter auch die Hauptstadt Sanaa, und lassen sich von dort partout nicht vertreiben. Im Gegenteil sind die Huthis, die im Gouvernement Marib, das lange Zeit unter der Kontrolle Hadi-freundlicher Kräfte stand und wo die wichtigsten Ölvorkommen des Jemens liegen, auf dem Vormarsch.

Bei schweren Kämpfen im nördlichen Gouvernement Al Jauf haben die Huthis im Februar erstmals einen saudischen Kampfjet vom Typ Tornado ab-

geschossen. Zur Vergeltung haben die Saudis ein Dorf in der Nähe der Absturzstelle der Maschine aus der Luft mit Bomben und Raketen angegriffen und dabei 31 Zivilisten massakriert. Nichtsdestotrotz haben die Huthis, die sich Ansarullah-Bewegung nennen, vor wenigen Tagen mit den einheimischen Gegnern in Al Jauf einen Gefangenenaustausch durchgeführt. Vor diesem Hintergrund hat Ansarullah-Chef Abdul Malik Al Huthi zum fünften Jahrestags des Kriegsbeginns erstmals publik gemacht, daß einer der beiden Piloten des abgeschossenen Tornados den Absturz überlebt hatte, und angeboten, diesen im Austausch gegen mehrere Palästinenser in saudischen Gefängnissen freizulassen.

Bei den inhaftierten Palästinensern handelt es sich um mutmaßliche Anhänger der Hamas-Bewegung, die bekanntlich seit 2006 trotz - oder vielleicht gerade wegen - der israelischen Abriegelung im Gazastreifen die Regierung stellt. Auf das Angebot, mittels dessen die Huthis indirekt die in der arabischen Welt umstrittene, inoffizielle Allianz des De-Facto-Machthabers in Saudi-Arabien, des designierten Thronfolgers und Kronprinzen Mohammed Bin Salman, mit den Administrationen Benjamin Netanjahus in Israel und Donald Trumps in den USA hervorheben konnten, ging Riad mit kei-

nem Wort ein. Angeblich führen Huthis und Saudis seit Monaten unter Vermittlung von Oman inoffizielle Friedensgespräche, bei denen jedoch bislang kein Durchbruch erzielt werden konnte. Um so heftiger geht der Krieg, insbesondere in Hudeida an der Küste des Roten Meeres, in Marib und Al Jauf, um die belagerte Stadt Taiz sowie an der Südwestgrenze Saudi-Arabiens unvermindert weiter.

Am 28. März haben die Huthis Riad sowie Dschazan, Hauptstadt der gleichnamigen Provinz im saudischen Südwesten unweit der Grenze zum Jemen, mit jeweils einer ballistischen Rakete angegriffen. Die Saudis behaupten, die beiden Raketen mit dem eigenen Luftabwehrsystem abgefangen zu haben, ohne daß diese nennenswerte Schäden anrichten konnten. Zur Vergeltung hat die saudische Luftwaffe am 30. März "militärische Ziele" in Sanaa attackiert. Dabei gingen mehrere Bomben und Raketen auf die Reitschule am Präsidentenpalast nieder und töteten 70 Pferde und einen Wachmann. Die schrecklichen Fernsehbilder der toten und verstümmelten Pferde von Sanaa haben den Sinkflug des Ansehens Saudi-Arabiens in der islamischen Welt nur noch weiter beschleunigt.

Dafür bekommen die Saudis von ihren Verbündeten in den USA

POLITIK / KOMMENTAR / HERRSCHAFT

AfD - aktuelle Flügelkämpfe ...

neue und grausige Schützenhilfe. Am 27. März erklärte das Außenministerium in Washington die sofortige Einstellung jeder finanziellen Unterstützung aller internationalen Hilfsorganisationen, die in dem von den Huthis kontrollierten Nordwesten des Jemens tätig sind. Die Summe der eingefrorenen Gelder liegt bei mindestens 200 Millionen Dollar, und die spektakuläre Maßnahme kommt ausgerechnet zu einer Zeit, in der eine Ausbreitung des neuartigen Corona-Virus im Jemen befürchtet wird. Experten gehen davon aus, daß COVID-19 im Jemen, wo 20 Millionen der 30 Millionen Einwohner unter Hunger leiden und auf humanitäre Hilfe von außen zum Überleben angewiesen sind, zahlreichen geschwächten Menschen den Tod bringen wird. Die meisten Jemeniten haben aufgrund der seit Jahren anhaltenden systematischen Bombardierung der zivilen Infrastruktur durch die saudische Luftwaffe ohnehin keinen Zugang zu sauberem Wasser, sei es zum Trinken oder zum Waschen. Es fehlt ihnen also an der grundlegendsten aller Voraussetzungen, um sich im Sinne der Hygiene gegen die Covid-19-Epidemie zur Wehr setzen zu können. Völlig zutreffend hat am 31. März Marcus Montgomery vom Arab Center in Washington beim Gastkommentar für den Blog The New Arab die unmenschliche Entscheidung des Hauses Mike Pompeo als "Todesurteil für Tausende" bezeichnet.

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/nhst1711.html>

Wer fordert, dass sich die Partei in zwei Lager auf trenne, besorgt das Geschäft des politischen Gegners. Die Partei steht vor einer Bundestagswahl im kommenden Jahr - und da ist es nicht angezeigt, sich in zwei Hälften zu teilen.

Stellungnahme aus dem Umfeld Alice Weidels [1]

(SB) 2. April 2020 - In der AfD ist der Machtkampf um den künftigen Kurs der Partei und deren Führung offen ausgebrochen. Angetrieben durch die Intervention des Verfassungsschutzes gegen den "Flügel" und befördert durch den tendentiellen Bedeutungsverlust in der Corona-Krise versucht die moderate Fraktion, rechtsextreme Exponenten wie Björn Höcke und Andreas Kalbitz loszuwerden. Der "Flügel" hat sich zwar auf Druck des Parteivorstands offiziell aufgelöst, nicht aber seine Aktivitäten eingestellt. Nun hat der Co-Vorsitzende Jörg Meuthen sogar eine Spaltung der AfD ins Gespräch gebracht, sich damit aber umgehend die Gegnerschaft des restlichen Vorstands eingehandelt. Dies stärkt im Grunde die rechtsextreme Strömung, die stets die Einheit der Partei, wenngleich natürlich in ihrem Sinne, beschworen hat und dabei insbesondere von dem früheren Vorsitzenden Alexander Gauland durchweg protegiert wurde.

Ist die AfD nun dabei, sich selbst zu zerlegen und damit ihren Einfluß weitgehend einzubüßen? Ihr

ist es gelungen, die traditionelle Zerstrittenheit der rechten bis rechtsextremen Szene zugunsten eines Parteiprojekts zu überwinden, das bislang außerordentlich erfolgreich war. Würde sie sich in zwei Teile aufspalten, könnten diese auch zusammengerechnet kaum die zuvor erreichte Zustimmung in der Bevölkerung verbuchen. Zu erwarten wäre eher eine Talfahrt bis in die weitgehende Bedeutungslosigkeit. Daher kann man davon ausgehen, daß einflußreiche innerparteiliche Kräfte nichts unversucht lassen werden, trotz aller Differenzen die AfD zusammenzuhalten und das äußere Erscheinungsbild wenn irgend möglich zu konsolidieren.

Die Genugtuung angesichts dieser Erschütterungen der AfD sollte sich in Grenzen halten, resultieren sie doch nicht aus einem Bündnis der Linken mit basisdemokratischen Bestrebungen, das von unten her erfolgreich Druck entfaltet und diese Partei ins Wanken gebracht hätte. Ausschlaggebend dafür, die innerparteilichen Widersprüche zur Explosion zu bringen, war vielmehr die Strategie des Staatsschutzes, in einer vorgeblichen Kehrtwende nun auch die extreme Rechte konsequent ins Visier zu nehmen. Hinzu kommt gegenwärtig die Corona-Krise, in der die Exekutive und namentlich führende Repräsentanten der Union de facto per Selbstermächtigung das Krisenmanagement nutzen, um mas-

siv in die Grundrechte einzugreifen. Das hat alle anderen Parteien mehr oder weniger in den Hintergrund gedrängt und der AfD in Umfragen einen Absturz auf nur mehr 10 Prozent beschert. Die Turbulenzen dieser rechten Partei resultieren also direkt oder mittelbar aus Angriffen des Staates, der seine Krallen ausfährt und administrative Wirkmacht entfaltet.

Die AfD setzt sich aus den drei Strömungen nationalkonservativ, nationalneoliberal und völkisch zusammen, die teils gemeinsame Schnittmengen aufweisen, teils aber auch einander widersprechende Positionen vorhalten. Diese Widerspruchslage drängte zwangsläufig zu einer Klärung oder aber einem regelrechten Konflikt, wie er sich derzeit abspielt. Der Verfassungsschutz hat gewissermaßen ins Wespennest gestochen, diesen Prozeß forciert und muß sich der möglichen Folgen seiner Intervention bewußt gewesen sein, ohne jedoch ihren Verlauf und Ausgang präzise vorhersagen zu können. Bislang erreichte die inhaltliche Varianz der AfD zum Vorteil, da sie viele verschiedene Forderungen rechtskonservativen Protests integrieren und sich als einzige politische Kraft des Widerspruchs inszenieren konnte. Sie trieb die anderen Parteien vor sich her und brauchte keine in sich schlüssige Programmatik vorzuhalten, die von der Wählerschaft überprüft worden wäre. Jetzt wird die AfD plötzlich vom Verfassungsschutz getrieben, während die von Merkel, Spahn und Söder in Stellung gebrachte Exekutive das ganze Land vor sich hertreibt. Kein Wunder, daß die AfD genau in dieser Phase an inneren Zerwürfnissen aufzuplatzen scheint.

Seinerseits eher von der Eskalation mitgerissen als aufgrund fundierter taktischer Planung hat Jörg Meuthen einen großen Stein ins Wasser geworfen. In einem Interview mit dem rechten Blog "Tichys Einblick" schlug er überraschend vor, die AfD in zwei Schwesterparteien aufzuteilen, eine flügelnahe nationale und eine eher national-freiheitliche, die den Rest der AfD und damit etwa zwei Drittel der Mitglieder umfaßt. Da dieses Interview mit dem Bundesvorstand nicht abgestimmt war, sorgte es binnen Minuten für einen Sturm in der Partei. Der Vorstoß kam für manchen angeblich so unverhofft, daß ihn ein Bundesvorstand sogar für einen Aprilscherz hielt.

Kaum war die Äußerung Meuthens im Internet zu lesen, als sie auch schon in zahlreichen AfD-Chatgruppen geteilt und kontrovers diskutiert wurde. Dem Vernehmen nach liefen die Telefone zwischen den Mitgliedern in Bundes- und Landesvorständen heiß und es gab offenbar erste Telefonkonferenzen darüber, wie die Parteispitze reagieren sollte und ob sich Meuthen weiter in seiner Position halten könne. Er hatte sich bereits in der vergangenen Woche stärker als zuvor vom rechtsextremen "Flügel" distanziert und erklärt, daß seiner Auffassung nach Teile des "Flügels" nicht auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stünden. Die Idee einer Trennung der Partei hatte Meuthen dem nach wie vor einflußreichen Ehrenvorsitzenden Alexander Gauland offenbar schon am Montag nahegebracht.

Gauland, der als Beschützer des "Flügels" gilt, soll darüber so

alarmiert gewesen sein, daß er Meuthens Gedanken mit Teilen der Bundestagsfraktion besprochen habe. In einem Rundbrief hatten sich Gauland, Alice Weidel und Tino Chrupalla am Dienstagabend ihrerseits unabgestimmt an die Mitglieder gewandt und die Einheit der Partei beschworen. Meuthen, dem diese und weitere Gegenwehr nicht verborgen geblieben war, ließ sich jedoch nicht beirren und zog den Veröffentlichungstermin seines Interviews sogar auf Mittwoch vor.

Aus dem Umfeld Weidels verlautete, daß im Parteivorstand jetzt enormes Konfliktpotential gesehen werde und eine sehr angespannte Stimmung herrsche: "Wer fordert, dass sich die Partei in zwei Lager auftrenne, besorgt das Geschäft des politischen Gegners. Die Partei steht vor einer Bundestagswahl im kommenden Jahr - und da ist es nicht angezeigt, sich in zwei Hälften zu teilen."

Auch aus dem Kreis jener acht Bundesvorstände, die mit Meuthen zuletzt einvernehmlich eine flügelkritische Linie eingeschlagen hatten, kommt nun scharfe Kritik. Unterstützen wollte den Vorstoß auf Anfrage keiner seiner Kollegen. Bundesvorstandsmitglied Beatrix von Storch forderte als Reaktion auf das Interview eine deutliche Abgrenzung von extremistischen Personen: "Die AfD ist keine Westpartei, keine Ostpartei, sondern eine Partei für ganz Deutschland und das wird sie bleiben". Der kommissarische Bundesschatzmeister Carsten Hütter erteilte Meuthen eine Absage: "Ich stehe definitiv für keine wie auch immer um-

schriebene Ab- oder Aufspaltung der Partei zur Verfügung, weil dies den Erfolg unserer Partei gefährdet." Auch Bundesvorstand Stephan Protschka betonte auf Anfrage: "Ich bin für die Einheit der Partei, denn nur zusammen sind wir stark."

Jörg Meuthen selbst versuchte zu beschwichtigen: "Ich stoße als Parteivorsitzender eine Diskussion ohne Denkverbote an. Ich stelle eine einvernehmliche Trennung als eine mögliche bessere Option in den Raum, keine Spaltung." Im Interview hatte er gesagt: "Jeder weiß, dass der Flügel und dessen maßgebliche Exponenten uns ganz massiv Wählerstimmen im bürgerlichen Lager kosten, und ich denke auch, dass die ordoliberalen Ansichten des bürgerlich-konservativen Teils der AfD noch bessere Ergebnisse im staatspaternalistischen Wählermilieu des Flügels verhindern." Insgesamt ließen sich bei einer Teilung in zwei Parteien wohl mehr und nicht etwa weniger Wähler erreichen als in der "derzeitigen, wenn man einmal ehrlich ist, permanent konflikträchtigen Konstellation". Es gehe keineswegs um eine Spaltung in eine Ost- und eine West-AfD. Denn beide Lager hätten in allen Bundesländern Anhänger. [2]

Da in den Parteitage reden der AfD seit Jahren die beschworene Einheit nie fehlen durfte, kommt Meuthens Vorstoß einem Tabubruch gleich. Er hat sich damit nach Lage der Dinge vergaloppiert und steht mit seinem Vorschlag in der Führungsriege ohne Unterstützung da. Einige Funktionäre erklärten, daß sie Abwahlanträge gegen Meuthen oder sogar den gesamten Bundesvor-

stand erwarteten. Man kann wohl davon ausgehen, daß er die Flucht nach vorn angetreten hat, weil ihm im Machtkampf um den Parteivorsitz die Felle wegzuschwimmen drohten. Da sich Parteivize Weidel und Co-Parteichef Chrupalla mit den "Flügel"-Mitgliedern arrangiert haben und auch eine Doppelspitze zur Bundestagswahl anstreben sollen, scheint Meuthen seine Chance in einer Partei ohne den "Flügel" zu sehen, in der er Vorsitzender bleiben könnte.

Die Stellungnahme Weidels und Gaulands, in der von einer "Rückkehr zur inneren Einheit der Partei" und vom "freiheitlich-sozialen Kurs" der AfD die Rede ist, wurde von einigen Funktionären der Partei als Friedensangebot an die Protagonisten des ehemaligen "Flügels" verstanden. In dessen Kreisen wurde die Stellungnahme entsprechend positiv aufgenommen und auf der Facebook-Seite mit dem Kommentar "Für eine geeinte und starke AfD! Wir lassen uns nicht spalten! Danke, Alexander Gauland, Tino Chrupalla und Alice Weidel" gepostet. Eine Gruppe von teilweise anonymen Gegnern Meuthens lancierte unterdessen im Internet eine Rücktrittsforderung an den Parteichef.

Höcke und Kalbitz hatten Ende März die Auflösung des einflußreichen Netzwerks angekündigt und in einem Brief erklärt: "Um die Einheit der Partei zu wahren und das Projekt einer politischen Alternative für Deutschland nicht zu gefährden, haben Björn Höcke und Andreas Kalbitz entschieden, diesem Wunsch (der Parteispitze) nachzukommen. Wir fordern alle, die sich der Interessensgemein-

schaft angehörig fühlen, auf, bis zum 30. April ihre Aktivitäten im Rahmen des Flügels einzustellen." Der "Flügel" sei vor allem in den Anfangsjahren der AfD "ein zuverlässiger Kompass" gewesen und habe die Partei "vor einer allzu leichtfertigen Anpassung an die etablierten Kräfte bewahrt". "Jede Organisationsform kann nur Mittel zum Zweck sein. Der politische Einsatz geht weiter und fordert unsere ganze Kraft." [3]

"Das ist eine Nebelkerze", schätzte Thüringens Verfassungsschutzchef Stephan Kramer das Manöver wohl angemessen ein. Als Reaktion auf die Beobachtung durch den Verfassungsschutz werde der "Flügel" pro forma aufgelöst, die Arbeit aber fortgesetzt. Entscheidend sei, ob sich die Gesinnung ändere, betonte auch Georg Maier, Innenminister in Thüringen. Jüngste Äußerungen von Höcke und anderen Anhängern des "Flügels" ließen nicht darauf schließen. Höcke und Kalbitz würden weiterhin rechtsextremistische Positionen vertreten und versuchen, ihre innerparteilichen Kritiker auszuschalten.

Meuthen hatte seine Angriffe auf Höcke und Kalbitz zwischenzeitlich verschärft und in der FAZ angekündigt: "Wir zerschlagen jetzt deren institutionelle Strukturen. Die haben ihre Homepage, die haben ihre Treffen, ihr Logo. Wir zerschlagen Strukturen, was es dieser Gruppierung viel schwerer macht, gemeinsam zuzuschlagen." Diese offene Kampfansage blieb nicht unbeantwortet. Wie es auf der Facebook-Seite des "Flügels" hieß, bleibe angesichts dieser Äußerungen "nicht viel Raum für ein konstruktives Miteinander."

Dieses übermütige Gebaren zeigt nicht nur einen sehr schlechten Stil; solche Worte können als Aufforderung zu einem neuen internen Streit verstanden werden, der die Partei spalten könnte." [4]

Meuthen hat es nicht dabei belassen, den wachsenden Unmut des noch überwiegenden Teils der Parteimitglieder gegen Höcke und Kalbitz weiter zu nähren und den Machtkampf gegen deren Anhängerschaft innerparteilich auszubauen. Er ließ sich vielmehr vom "Flügel" in die Ecke des Spalters treiben, wo er plötzlich isoliert dastand und im Grunde nur verlieren konnte. Der von ihm auf die Tagesordnung gesetzte Bruch findet nicht statt, die zuvor in die Defensive gedrängte rechtsextreme Strömung in der AfD geht gestärkt aus dieser Auseinandersetzung hervor.

Anmerkungen:

[1] www.tagesschau.de/investigativ/wdr/afd-meuthen-fluegel-105.html

[2] www.t-online.de/nachrichten/deutschland/parteien/id_87636622/afd-meuthen-spricht-ueber-spaltung-der-partei-.html

[3] www.t-online.de/nachrichten/deutschland/parteien/id_87586276/afd-hoecke-und-kalbitz-rufen-offiziell-zur-aufloesung-des-fluegels-auf.html

[4] www.zeit.de/politik/deutschland/2020-04/joerg-meuthen-afd-fluegel-bjoern-hoecke-abspaltung

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/herr1879.html>

POLITIK / MEINUNGEN / STANDPUNKT

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Während die Welt die COVID-19-Pandemie bekämpft, verschärfen die USA den Druck auf Venezuela

*vom Independent Media Institute *, USA, 31. März 2020*

In einer Pressekonferenz am 26. März war es fast schon skurril, wie wenig Beweise das US-Justizministerium lieferte, als es den venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro und einige Mitglieder seiner Regierung des Drogenhandels beschuldigte. Die USA boten 15 Millionen Dollar für die Verhaftung von Maduro und 10 Millionen Dollar für die anderen Personen. "Maduro" - sagte der US-Staatsanwalt Geoffrey Berman dramatisierend, "hat sehr bewusst Kokain als Waffe eingesetzt". Beweise dafür wurden jedoch nicht erbracht.

Sanktionen

Es ist surreal, dass die Vereinigten Staaten - während der globalen Pandemie COVID-19 - all ihre Mühe in die Anklage gegen Maduro und weitere Regierungsmitglieder investieren. Das ausgesetzte Kopfgeld wäre beim überlasteten [1] Krankenhaus in Elmhurst in New York City sinnvoller eingesetzt. Derzeit wird Druck auf die Vereinigten Staaten aufgebaut, ihre Sanktionen nicht nur gegen Venezuela, sondern auch gegen den Iran zu verringern (sogar die New York Times [2] forderte am 25. März ei-

ne Beendigung der Sanktionen gegen den Iran).

Die Weltgesundheitsorganisation hat deutlich gemacht, dass dies einfach nicht der richtige Zeitpunkt ist, um Länder zu behindern, sich wichtige Ressourcen zur Pandemiebekämpfung zu beschaffen. UN-Generalsekretär António Guterres [3] hat zu einem weltweiten Waffenstillstand aufgerufen; es ist nur noch eine Frage von Tagen, bis es von ihm hierzu eine Erklärung geben wird. Aus Verzweiflung haben die USA nun versucht, das Thema zu wechseln - es geht nicht mehr um COVID-19 und Sanktionen, sondern um Rauschgift-Terrorismus.

Die Schuld für diese Anschuldigungen - ausgerechnet während der COVID-19-Pandemie - schob der US-Generalstaatsanwalt William Barr auf Caracas. Er sagte, ohne Vorlage von Beweisen, dass Venezuela den Zugang von Hilfsgütern in das Land blockierte. Nichts könnte weiter von der Wahrheit entfernt sein: Venezuela hat medizinische Hilfsgüter und medizinisches Personal aus China, Kuba und Russland sowie von der Weltgesundheitsorganisation empfangen. Die Weltgesundheitsorganisation drängte die USA, ihr mehr freie Hand bei der

Einfuhr von Waren ins Land zu geben - eine Bitte, welche die USA nicht gewährt haben (die USA haben es der Weltgesundheitsorganisation auch erschwert [4], medizinische Hilfsgüter in den Iran zu bringen). Als Venezuela sich mit einem Antrag auf 5 Milliarden Dollar für COVID-19-bezogene Käufe an den Internationalen Währungsfonds wante, war es die Regierung der Vereinigten Staaten, die Druck auf den Fonds ausübte, den Antrag abzulehnen [5]. Barr kann ohne weiteres das Gegenteil behaupten - keiner auf der Pressekonferenz würde ihn aufgrund von Tatsachen herausfordern, die öffentlich bekannt sind.

Regimewechsel

Im Jahr 1989 nutzten die USA den Vorwurf des Drogenhandels, insbesondere des Kokainhandels, um den Ruf des ehemaligen Günstlings, des Präsidenten von Panama, Manuel Noriega, zu schädigen. Auf der Grundlage dieser Anschuldigung [6] und einer Anklage in Florida drangen die USA schließlich in das Land ein, verhafteten Noriega, setzten Washingtons Marionette in Panama City ein und steckten Noriega in ein Gefängnis in Florida. Der Eindruck, wie die USA mit Noriega umgegangen sind, hängt über Caracas: Werden die USA auf der Grundlage dieser neuen Anklage eine Razzia auf dem Territorium von Caracas durchführen? Dies ist keine theoretische Frage. Die USA versuchen seit mindestens Januar 2019, die Regierung von Nicolás Maduro zu destabilisieren und zu stürzen. Mit dieser Anklage wird lediglich versucht, die Schrauben anzuziehen.

Das Kopfgeld auf Maduro und seine Führung lässt vermuten, dass die US-Regierung im Wesentlichen einen mafiaähnlichen Anschlag auf diese Venezolaner vorhat. Dies ist ein sehr gefährlicher Schritt der Vereinigten Staaten. Es gibt den Gangstern im Wesentlichen grünes Licht für einen Mordversuch innerhalb Venezuelas. Die Weigerung, Maduro außerhalb Venezuelas reisen zu lassen, ist ein Verstoß gegen eine Reihe internationaler Konventionen, die Diplomatie über Kriegsführung stellen. Aber angesichts der rechtswidrigen Art und Weise, in der die USA ihre Strategie für einen Regimewechsel in Venezuela umsetzen, ist es unwahrscheinlich, dass jemand diesen Schritt kritisieren wird.

Wenige Stunden vor der Ankündigung in Washington verbreitete sich die Nachricht [7], dass die Vereinigten Staaten Venezuela auf die Liste der Länder, die Terrorismus unterstützen, setzen würden - die schärfste Verurteilung einer Regierung. Aber sie mussten ihr Vorhaben zunächst aussetzen. Und die Unterbrechung selbst erfolgte aus absurden Gründen. Wenn die US-Regierung die Regierung von Maduro als "staatlicher Befürworter des Terrorismus" beschuldigen würde, dann würde sie stillschweigend die Regierung Maduro als tatsächliche Regierung Venezuelas anerkennen. Seit dem vergangenen Jahr war einer der Versuche zur Destabilisierung die Aberkennung der Regierung Maduros als legitime Regierung Venezuelas, ja sogar zu bestreiten, dass Venezuela irgendeine Art von Regierung habe. Es wäre unmöglich zu sagen, dass die Regierung Maduro ein "staatlicher Befürworter des Terroris-

mus" ist, ohne anzuerkennen, dass es sich hierbei um die Regierung Venezuelas handelt. Die USA waren demnach von ihrer eigenen Logik gefangen.

Gleichzeitig wagt es die US-Regierung nicht, gegen ihre Verbündeten in den wichtigsten drogenproduzierenden und -handelnden Ländern Kolumbien und Honduras vorzugehen. Der ehemalige kolumbianische Präsident und jetzige Senatsmitglied Álvaro Uribe Vélez ist derzeit in mehr als 270 Rechtsfälle in Kolumbien verwickelt [8], in denen Anklagepunkte wie illegale Abhörmaßnahmen, organisiertes Verbrechen, gezielte Attentate und gewaltsames Verschleppen erhoben werden. Uribe und Mitglieder seiner Familie haben nachweislich Verbindungen zur paramilitärischen Gruppe Metro Block of Antioquia, die für Tausende von Morden an kolumbianischen Zivilisten verantwortlich und tief in den Drogenhandel verwickelt ist. Uribe und sein Protegé Iván Duque haben eine enge Beziehung zur US-Regierung und sind der Eckpfeiler und Verbündete diverser Angriffspläne auf Venezuela.

Der derzeitige honduranische Präsident Juan Orlando Hernández war in einen Fall gegen seinen Bruder Antonio Hernández verwickelt [9], den ein New Yorker Bundesgericht angestrengt hatte. Staatsanwälte beschuldigten den Präsidenten, von Drogenhändlern Bestechungsgelder in Höhe von 25.000 Dollar [10] erhalten zu haben, die er für seinen Präsidentschaftswahlkampf 2013 einsetzte.

Die vom US-Justizministerium veröffentlichte Erklärung [11]

liest sich wie ein Thriller und der Mangel an Beweisen lässt sie mit Fiktion vergleichen. Sie listet Namen und Anschuldigungen auf, bezieht sich ständig auf den "Drogen-Terrorismus" und behauptet, die venezolanische Regierung wolle die Vereinigten Staaten mit Kokain "überfluten". Man müsste schon übermenschlich blind sein, um dieser grundlosen Schelte Glauben zu schenken. Das Problem ist, dass die Menschen in Venezuela dies ernst nehmen müssen, da es sich um eine Intensivierung der Kriegslust seitens der US-Regierung handelt. Das venezolanische Volk ist sich der Situation bewusst. Es ist schwer, ihm die Schuld zuzuschreiben. Es ist die Leistungsbilanz der US-Regierung.

Die Erklärung des UNO-Generalsekretärs, dass ein weltweiter Waffenstillstand angesichts der globalen Pandemie das Gebot der Stunde ist, sollte auch für den hybriden Krieg der Vereinigten Staaten gegen Venezuela gelten. Er muss jetzt beendet werden. Es ist die Zeit der Genesung und des Mitgefühls, nicht die einer toxischen Kriegsführung.

** Dieser Artikel von Vijay Prashad, Paola Estrada, Ana Maldonado und Zoe PC wurde für Globetrotter [12], einem Projekt des Independent Media Institute, verfasst.*

Über die Autoren

Vijay Prashad ist ein indischer Historiker, Herausgeber und Journalist. Er ist Schriftsteller und Chefkorrespondent bei Globetrotter, einem Projekt des Independent Media Institute. Er ist Chefredakteur

von LeftWord Books und Direktor von Tricontinental: Institute for Social Research. Er hat mehr als zwanzig Bücher geschrieben, darunter *The Darker Nations: Eine Volksgeschichte der Dritten Welt* (The New Press, 2007), *The Poorer Nations: A Possible History of the Global South* (Verso, 2013), *The Death of the Nation and the Future of the Arab Revolution* (University of California Press, 2016) und *Red Star Over the Third World* (LeftWord, 2017).

Paola Estrada gehört zum Sekretariat der Internationalen Volksversammlung und ist Mitglied der brasilianischen Sektion der ALBA-Bewegungen (Kontinentale Koordination der sozialen Bewegungen zur Bolivarianischen Allianz für die Völker unseres Amerika).

Ana Maldonado ist in der Frente Francisco de Miranda (Venezuela).

Zoe PC ist Journalistin bei der Völkervertretung und berichtet über die Volksbewegungen in Lateinamerika. Sie ist auch mit dem Congreso de los Pueblos in Kolumbien in Verbindung.

Die Übersetzung aus dem Englischen wurde von Anita Köbler vom ehrenamtlichen Pressenza-Übersetzungsteam erstellt.

Anmerkungen:

[1] <https://www.nytimes.com/2020/03/25/nyregion/nyc-coronavirus-hospitals.html>

[2] <https://www.nytimes.com/2020/03/25/opinion/iran-sanctions-covid.html>

[3] <https://www.pressenza.com/de/2020/03/un-generalsekretar->

[guterres-ruft-zu-einem-globalen-waffenstillstand-auf/](#)

[4] <https://peoplesdispatch.org/2020/03/15/sanctions-against-iran-and-venezuela-during-a-pandemic-are-cruel/>

[5] <https://peoplesdispatch.org/2020/03/19/imf-refuses-aid-to-venezuela-in-the-midst-of-the-coronavirus-crisis/>

[6] <https://topdocumentaryfilms.com/the-panama-deception/>

[7] <https://edition.cnn.com/2020/03/26/politics/venezuela-trump-administration-terrorism/index.html>

[8] <https://nsarchive.gwu.edu/briefing-book/colombia/2018-05-25/narcopols-medellin-cartel-financed-senate-campaign-former>

[9] <https://www.theguardian.com/world/2020/mar/03/honduran-president-juan-orlando-fernandez-drug-money>

[10] <https://apnews.com/e85a0f7b43264a5eb6b879701356e1f3>

[11] <https://www.justice.gov/opa/pr/nicol-s-maduro-moros-and-14-current-and-former-venezuelan-officials-charged-narco-terrorism>

[12] <https://independentmediainstitute.org/globetrotter/>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0 - <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

EUROPOOL / POLITIK

"Heute zahlen wir den Preis dafür"

**Italien leidet auch wegen neoliberaler Spardiktat
unter den Folgen der Coronaviruspandemie**

Ein Gespräch mit Stefano G. Azzarà

von Gerhard Feldbauer, 29. März 2020

Gerhard Feldbauer (F): Italien wird noch schwerer als China von der Covid-19-Krise betroffen. Wo sehen Sie die Ursachen?

Stefano G. Azzarà (A): China, noch weitgehend ein Entwicklungsland, hat die Coronavirus-Krise tatsächlich besser und schneller gemeistert als Italien, ein führendes Industrieland. Der Notfall deckt die strukturellen Schwächen der kapitalistischen Gesellschaft auf, in der die politischen und Managemententscheidungen wesentlich von den wirtschaftlichen Interessen der herrschenden Klassen abhängen, die Produktion nicht zu stoppen und der Wettbewerb um Gewinne weitergeht.

In China dagegen beherrscht die Politik nicht nur die Kräfte des Marktes und stellt sie in den Dienst der Interessen der Mehrheit, sondern die Planung ermöglicht es auch, die Produktion schnell wieder umzustellen.

Für Italien wie für jedes einzelne europäische Land wäre eine ähnliche Solidarität zwischen allen Ländern der EU erforderlich. Die Krise wird jedoch von den vorherrschenden Ländern genutzt,

vorteilhafte Positionen zum Nachteil anderer zu erreichen.

In Italien wird deutlich, dass über 30 Jahre neoliberale Politik - soziale Kürzungen, Privatisierungen, Verkleinerung der Kapazitäten der Krankenhäuser, Steuersenkungen für die Reichen - das Wohlfahrtsystem entscheidend, vor allem das Gesundheitswesen geschwächt haben. Heute zahlen wir den Preis dafür. Diese Politik haben nicht nur die Rechten (Salvini, Berlusconi, Meloni) betrieben, sondern auch Mitte Links, vor allem der Partito Democratico (PD).

F: Italien hat als erstes westeuropäisches Land Kuba und China um Hilfe gebeten. Zwingt die Krise zum Umdenken?

A: Die politischen Kräfte in Italien akzeptieren mit großer Verlegenheit die Hilfe der sozialistischen Länder: Das bedeutet, dass sie nichts anderes tun konnten und dass die Situation sehr ernst ist. Das könnte der Auftakt zu einer signifikanten Änderung der öffentlichen Meinung sein. China zeigt konkret, dass es eine friedliche Macht ist, die sich für globale Solidarität einsetzt.

Aber die Diffamierungsmaschinerie - das industrielle Mediensystem - arbeitet kontinuierlich weiter, um zu verhindern, dass die Sympathien für China wachsen. Intellektuelle, Journalisten und Professoren fahren fort, täglich vor der "roten Gefahr" zu warnen und dass China kein "Vorbild" werden darf. Das schließt die Versuche ein, die Natur der NATO neu zu definieren und ihr globale Aufgaben im Bereich der Gesundheitsverwaltung zu übertragen.

F: In den Medien ist meist zuerst von der Hilfe für die Wirtschaft die Rede, welche Rolle spielen die Arbeiter?

A: In der Tat gilt die Sorge zuerst den Unternehmern. Bei der Bekämpfung der Epidemie ordnete die Regierung an, dass die Bürger zu Hause zu bleiben haben, ließ jedoch bis vor wenigen Tagen zu, dass Unternehmen ihre nicht wichtige Industrieproduktion fortsetzen und die Arbeiter unnötigen Risiken aussetzen durften. Als wenn das Leben eines Arbeiters weniger wert ist als das eines Bourgeois. Die Gewerkschaften haben das mit dem Aufruf zum Streik in diesen Betrieben unterbunden.

MEDIEN / FAKTEN / INTERNATIONAL

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Ecuador

Präsident verkündet die Schließung aller öffentlichen Medien

Um auf die Wirtschaftskrise des Landes zu reagieren, hat Präsident Lenín Moreno die Schließung der Anstalt öffentlicher Medien angekündigt.

(Observacom/Ecuador, 17. März 2020) - Um auf die Wirtschaftskrise des Landes zu reagieren, hat der ecuadorianische Präsident Lenín Moreno eine Reihe von Maßnahmen verkündet, die zur Reduzierung der öffentlichen Ausgaben beitragen sollen, darunter die Schließung der Anstalt öffentlicher Medien.

Der Sprecher für Meinungsfreiheit der CIDH (Comisión Interamericana de Derechos Humanos) Edison Lanza stellte sich gegen die Entscheidung und warnte, dies gefährde die Diversität und den Pluralismus im Kommunikationswesen. Weiter schrieb er auf Twitter: "Was nottut, ist eine Rationalisierung und Demokratisierung der öffentlichen Medien Ecuadors und nicht ihre Abschaffung."

Ähnlich äußerte sich der Vorsitzende von OBSERVACOM Gustavo Gómez: "Ohne nicht-staatliche öffentliche Medien gibt es keine Garantie für Vielfalt und Vielstimmigkeit in unseren Ländern, genau so wenig wie eine Meinungsfreiheit."

Nach der Bekanntmachung Morenos verkündete der Geschäftsführer der Anstalt öffentlicher Medien

Eduardo Veralde seine Amtsniederlegung.

Die von Ex-Präsident Rafael Correa im Jahr 2016 gegründete Anstalt umfasst mehr als 20 Medienproduktionen wie El Telégrafo, El Tiempo, Ecuador TV, Pública FM, die Druckerei Editoragram sowie sieben konfiszierte private Medienproduktionen, die von Moreno im Jahr 2017 ins öffentliche Mediensystem integriert worden waren.

Eine weitere in dem Änderungspaket enthaltene und den Kommunikationssektor betreffende Entscheidung ist eine 0,75-prozentige Erhöhung der einzubehaltenden Steuern auf Erträge von Betrieben der Telekommunikation. Von der Steuererhöhung sollen auch andere Sektoren betroffen sein.

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/kultur-medien/president-verkuendet-die-schliessung-aller-oeffentlichen-medien/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international - <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber: Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.

Um nochmals auf die EU zurück zu kommen: Mit und nach der Krise wird die Frage sein, ob es zu einem Wechsel des Wirtschaftsparadigmas kommt, was heißen müsste, expansiv auf der Grundlage öffentlicher Investitionen auf kontinentaler Ebene zu einem neuen Verhältnis zwischen Politik und Wirtschaft zu kommen. Die italienischen Populisten, die ich europhobe Sozialchauvinisten nenne, rufen heute: "Seht, Europa hat uns im Stich gelassen." Das gilt auch für andere Länder. In Wirklichkeit würde jedes Land, wenn es sich selbst überlassen wird, durch das Gewicht einer Krise niedergeschlagen werden, die zu groß für den Einzelnen ist. Eine Reaktion auf europäischer Ebene ist daher unabdingbar und der einzige Weg, auf dem Europa sich selbst retten könnte.

Leider, das muss man hinzufügen, wird jetzt mehr denn je das Fehlen einer Linken, die diesen Namen verdient und die in diese Klassenkämpfe eingreifen müsste, um Veränderungen zu bewirken, deutlich.

Stefano G. Azzarà ist außerordentlicher Professor für Geschichte der Philosophie an der Universität von Urbino, wo er die Arbeit des 2018 verstorbenen Domenico Losurdo, den er seinen "Meister" nennt, fortsetzt. Er ist wissenschaftlicher Direktor der Zeitschrift "Materialismo Storico" und Koordinator der internationalen interuniversitären Forschungsgruppe "Domenico Losurdo". Er forscht zur Geschichte der Arbeiterbewegung, aber auch der "konservativen Revolution" mit Aspekten zu Moeller van den Bruck, Nietzsche und Heidegger.

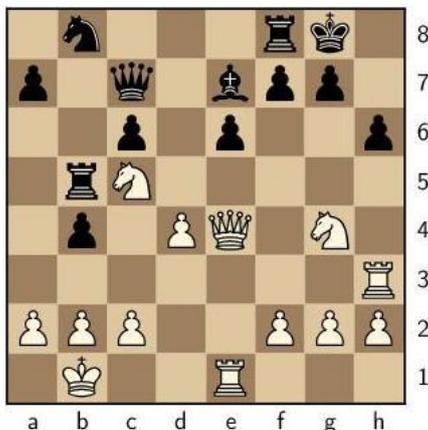
*

Quelle:

© 2020 by Gerhard Feldbauer
Mit freundlicher Genehmigung des Autors

SCHACH - SPHINX**Verhängnisvoller Tausch**

(SB) - Läufer sind auch hervorragende Schutzfiguren, und bisweilen kann das Fehlen dieser Figur, auch wenn sie nicht fianchettiert wurde, die Rochadestellung des Königs arg schwächen. Das heutige Rätsel der Sphinx ist ein excellentes Beispiel dafür. Weiß besaß leichte Vorteile, aber keine entscheidenden. Bei einiger Umsicht hätte Schwarz die Partie wohl remisieren können. Ihn störte allerdings, daß er seinen Springer nicht einsetzen konnte. Nach 1...Sb8-d7? hätte Weiß mit 2.Sc5xe6! Material gewinnen können. Also entschied er sich kurzum dafür, den lästigen Springer mit 1...Le7xc5? abzutauschen. Ohne Zweifel war er davon ausgegangen, daß Weiß nichts anderes darauf erwidern konnte als 2.d4xc5, worauf dann 2...Tb5xc5 3.De4xb4 Sb8-d7 mit aktivem schwarzen Gegenspiel hätte folgen können. Nun, Wanderer,stellungsprobleme lassen sich eben doch nicht so einfach lösen, wie man Nüsse knackt, denn Schwarz befand sich plötzlich in einer Mattschlinge, aus der es kein Entkommen gab.



Agejcenko - Silow
UdSSR 1975

*Auflösung des letzten
Sphinx-Rätsels:*

Weiß konnte sich mit 1.De7-e5+! aller Schwierigkeiten entheben. Wie immer Schwarz auch die

weiße Dame schlug, ob nun mit 1...Lc7xe5 oder mit 1...Tf5xe5 - und schlagen mußte er die Dame, da sonst der Turm auf f5 verlornging -, auf jeden Fall war der weiße König daraufhin patt.

I n h a l t **Ausgabe 3223 / Freitag, den 3. April 2020**

- 1 BÜRGER UND GESELLSCHAFT: Japanisch-amerikanische Aktivisten fordern die Freilassung aller Immigranten wegen Covid-19 (Pressenza)
- 3 POLITIK - REDAKTION: Jemen - unversöhnlich und katastrophenträchtig ...
- 4 POLITIK - KOMMENTAR: AfD - aktuelle Flügelkämpfe ...
- 7 MEINUNGEN: Während die Welt die COVID-19-Pandemie bekämpft, verschärfen die USA den Druck auf Venezuela (Pressenza)
- 10 POLITIK: Spardiktat in Italien - Heute zahlen wir den Preis dafür (Feldbauer)
- 11 MEDIEN - FAKTEN: Ecuador - Präsident verkündet die Schließung aller öffentlichen Medien (poonal)
- 12 SCHACH-SPHINX: Verhängnisvoller Tausch
- 12 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 03. April 2020

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 3. April 2020

Vorhersage für den 03.04.2020 bis zum 04.04.2020



April, April, wohl an der Zeit,
der Wendemonat zu Beginn,
das Wetter wechselt himmelweit.
Für Jean-Luc macht das Frühjahrssinn.

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.
Verantwortlicher Ansprechpartner:
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwurth
Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de
Telefonnummer: 04837/90 26 98
Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME
Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.):
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwurth
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV:
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwurth
ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.